

# Amer Tageblatt

Verleger: Hermann Dieckmann  
Herausgeber: Hermann Dieckmann  
Verlag: Hermann Dieckmann  
Königsplatz 12, Leipzig

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Hermann Dieckmann  
Herausgeber: Hermann Dieckmann  
Verlag: Hermann Dieckmann  
Königsplatz 12, Leipzig

Telegraphische Anzeiger: Hermann Dieckmann. Inhalt: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts. Postfach: Leipzig Nr. 144

Nr. 162

Montag, den 14. Juli 1924

19. Jahrgang

### Der Reichstanzler über die Pariser Besprechungen.

Die auf die Londoner Konferenz gelegten Hoffnungen ernstlich bedroht.

Berlin, 12. Juli.

Reichstanzler Dr. Marx hielt auf einem gestern abend vom Pressesekretär der Reichstanzlei gegebenen Pressesabende eine Rede, in der er die Stellung der deutschen Reichsregierung zur Londoner Konferenz und der durch die Pariser Beschlüsse geschaffenen ersten Lage darlegte. Der Kanzler führte aus:

Um Schwersten lastet auf uns die Sorge um unsere Wirtschaft, der wir nach langen Jahren des Leidens und der Enttäuschungen auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen wieder Freiheit und Kraft zuführen zu können hoffen. Selber muß ich feststellen, daß die Erwartungen, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes nach dem Bekanntwerden der Vorschläge und Forderungen des Sachverständigenutachtens aufkeimten, vielfach

wieder erster Sorge und Beschränkung:

Wag gemacht haben. Wir waren uns vom ersten Tage an darüber klar, daß die Durchführung des Sachverständigenutachtens nur möglich und wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Ära guten Willens und ehrlicher Verständigung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht einsetzen würde. Wenn Poincaré in seiner letzten großen Rede vor dem Senat gesagt hat, Deutschland habe noch nichts getan, um die Befehle zur Durchführung des Gutachtens zustande zu bringen, so beruht das auf einer völligen Verkennung und Unkenntnis der Sachlage. Poincaré hätte sich durch Grundlegung bei den französischen Verhandlungsführern eines Besseren belehren lassen können!

Der Geist, der uns bei diesen Arbeiten befeelt, und den wir auch bei der Fertigstellung des Gutachtens mit uns führen, ist der Geist offener, ehrlicher Verständigung und freier offener Aussprache, der Geist, der dem Gewinner die Hand reichen will in dem Entschluß, endlich den Wiederaufbau nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas zu beginnen. Mit Freude durften wir feststellen, daß auch in Frankreich allmählich eine Betrachtungsweise Boden gewann, die zu der Hoffnung zu berechtigten schien, daß nunmehr endlich die so lange ersehnte und umständlichste Lösung des Reparationsproblems gelingen würde. Die Londoner Konferenz sollte uns der Verwirklichung dieses Ziels näher bringen. Nach den Mitteilungen und Erklärungen, die von drüben zu uns kamen glaubten wir, daß die Londoner Konferenz von einer anderen Art sein würde, als die bisherigen Konferenzen. In denen Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder geschleppt wurde mit dem Ergebnis, daß unsere Lage stets schlechter, stets trostloser wurde.

Es liegt mir fern, über die Londoner Konferenz schon heute ein Urteil zu fällen. Feststellen aber muß ich, daß die Pariser Abmachungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs manche der

auf die Londoner Konferenz gelegten Hoffnungen ernstlich bedroht

scheinen. Wenn der große Gedanke, in dem wir das Sachverständigenutachten durchzuführen zu können hoffen, wirklich lebendig wäre, dann müßte es auch für die flegerischen Nationen selbstverständlich sein, daß Deutschland, um dessen wirtschaftliche und nationale

Existenz seit Jahren das Spiel geht, jetzt endlich als gleichberechtigter Partner zu den Verhandlungen zugelassen werden müßte. Wie soll sonst das deutsche Volk, das zu jeder ehrlichen Verständigung bereit und entschlossen ist, noch weiter den Mut aufbringen, die ihm angedeuteten schweren Opfer auf sich zu nehmen, wenn es wiederum das niederdrückende Gefühl hat, daß auch diesmal wie in den verhängnisvollen Julitagen des Jahres 1919 ihm von flegerischen Nachhabern das Schicksal diktiert wird.

Wir wollen wieder vertragmäßige Zustände, wir wollen wieder, daß der Versailles Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden und die Rechtsgrundlage bilden, auf der wir uns mit unseren ehemaligen Gegnern in ehrlicher Verständigung und zu beiderseitigem Nutzen auseinandersetzen können.

Wir wollen endlich wieder unsere nationale Freiheit und die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern.

Wenn Frankreich jetzt die Aufrechterhaltung des Versailles Vertrages so stark betont, so dürfen wir wohl gerade bei Frankreich auch Verständnis dafür erwarten, daß wir die verlorenen Rechte, die wir aus diesem Vertrage herleiten können, gewahrt wissen wollen.

Man sprach jetzt wieder viel von Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen Deutschland das Sachverständigenutachten durchzuführen entschlossen sei. Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Sachverständigenutachtens knüpft, ist einfach und allein die, daß das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste gemäß angenommen und durchgeführt wird. Eine andere Bedingung stellt die deutsche Regierung nicht und verlangt keine andere Voraussetzung für die Annahme des Gutachtens gibt es für sie nicht.

Die Reichsregierung hat nie einen anderen Standpunkt vertreten und beabsichtigt nicht, irgendwelche anderen Bedingungen an die von ihr wiederholt bekundete Bereitschaft und Entschlossenheit, das Sachverständigenutachten durchzuführen, zu knüpfen. Natürlich steht über der Regierung der Reichstag, und muß letzten Endes als Vertreter des deutschen Volkes entscheiden. Die Reichsregierung wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um die Durchführung des Sachverständigenutachtens baldmöglichst sicherzustellen, und sie vertraut darauf, daß der Reichstag in Erkenntnis der ungeheuren wirtschaftlichen Notlage unseres Landes die Regierung in diesem Bestreben unterstützen wird. Einen anderen Weg, der uns aus dem wirtschaftlichen Elend herausführt, als die Durchführung des Sachverständigenutachtens sehe ich nicht.

Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anlangt, so ist es falsch, zu glauben, daß ich diesem Eintritt ablehnend gegenüberstehe. Ich muß dabei aber voraussetzen, daß Deutschlands Wohl und Ehre dabei in vollem Umfange gewahrt bleiben.

Zum Schluß verteilte der Kanzler die Notwendigkeit der von der Regierung eingebrachten Schutzabfertigung. Die deutsche Landwirtschaft müßte vor dem Untergang bewahrt werden. Durch Herabsetzung der Umsatzsteuer werde eine Verteuerung des Brotes verhindert, sogar eine Verbilligung ermöglicht.

Das Letzte aus dem Vider herausholende Bodenkultur konnte dieses Ergebnis zustandebringen. Die Mehrheit des Volkes setzt freilich die Tatsache, daß sich der Verbrauch an den wichtigsten Nahrungsmitteln für den Kopf der Bevölkerung um die Hälfte verringert hat.

Während der Inflation wäre es kaum möglich gewesen, unseren Bedarf aus dem Ausland zu decken. Was hätte für unser entwertetes Geld noch Getreide oder Fleisch abgegeben? Aber auch heute ist das ständig wachsende Maßstab der Handelsbilanz eine eindringliche Mahnung zu größtmöglicher Beschränkung der Einfuhr. Wenn in einer solchen Zeit die Landwirtschaft erklärt, sie könne die intensive Bearbeitung des Bodens aus Mangel an Mitteln nicht länger durchführen, so heißt dies mit klaren Worten: Das deutsche Volk muß vom nächsten Jahre ab seinen Lebensmittelpott verdoppeln, oder — wenn es dies nicht kann und will — hungern! In der Tat befindet sich der Landwirt in einer schiefen Lage. Er erhält für seine Produkte weit weniger, und muß für Stoff und Stiefel, für Ausrüstungen und Maschinen weit mehr bezahlen als im Frieden. Man darf ihm daher schon glauben, wenn er verkündet, daß er nicht wisse, woher er das Geld für die Ähne und den Stroh für die nächsten Winter nehmen solle. Kredite können ihm nicht

helfen, da er bei den angedeuteten Preisverhältnissen kaum in die Lage kommen wird, sie zurückzahlen zu können. Also macht man den Versuch, ihm zu besseren Preisen zu verhelfen. Man hält die Konkurrenz der flegerischen Weltweizenvorräte aus, man gibt ihm durch Freigabe der Ausfuhr bessere Absatzmöglichkeiten. Dies sind die Hoffnungen, die der Landwirt an die Gesetzesvorlage knüpft.

Beim Verbraucher erweckt sie freilich nur Beschränkungen. Wie soll die geschwächte Kaufkraft der Massen eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung überhaupt ertragen? Lohnerhöhung und damit weitere Verteuerung auch der Industrieprodukte, gänzlicher Stillstand des Absatzes und der Ausfuhr sind die entmutigenden Aussichten. Es ergibt sich ganz klar, daß außer der Landwirtschaft auch der gesamten Volkswirtschaft geholfen werden muß. Neben der Aktion zur Senkung der Getreidepreise muß die Senkung der übrigen Preise fortgesetzt werden, wenn sich auch beides anfangs zu widersprechen scheint. Aber es ist nicht gesagt, daß der ganze Mehrerlös des Landwirts vom Verbraucher bezahlt werden muß. Strenge Beschränkung des Grobhandels, knappe Kalkulation bei allen beteiligten Stellen, Verbilligung der Frachten und endlich der Verbrauch der Umsatzsteuer sollten es ermöglichen, daß der Brot- und Fleischpreis des Einzelhandels prozentual weniger ansteigt, als der Vieh- und Getreidepreis des Landwirts. Der Verbraucher hält heute noch gar nicht, wie billig die Produkte der Landwirtschaft sind. Denn auf dem Wege vom Land in die Stadt haben sich die Dinge oft so verteuert, daß aus dem Untertriebspreis ein Uebertriebspreis geworden ist.

Das Ziel der ganzen Maßnahme ist ja gerade die Regulierung des allgemeinen Preisniveaus. Zu diesem Zweck muß der unnatürliche Preisstand einzelner Gruppen ebenso ausgeglichen werden, wie der unnatürliche Hochstand anderer. Auch der Preisabbau, der nach wie vor das oberste Gesetz unserer ganzen Wirtschaftspolitik bleibt, darf nicht schematisiert werden. Er sollte nicht aus dem auch eine vereinzelte Preisverbilligung vom Standpunkt der Erhaltung der Produktion gerechtfertigt sein kann.

Daß die Schutzabfertigung eine preisregelnde Wirkung haben, zeigt schon der Einfluß, den die bloße Ankündigung auf die letzten Getreidepreise im Reich ausübte. Schon erhebt sich die Aufgabe, darüber zu wachen, daß keine Ueberbannung eintritt. Jede Verbilligung der Rohstoffe, des Kaltes, der Maschinen oder des Geldes ändert die Situation. Mit dem Augenblick, wo die deutsche Landwirtschaft etwa ihre monopolistische Stellung zu unberechtigten Ansprüchen mißbraucht, müssen die Schutzabfertigungen fallen. Elastizität ist die Grundbedingung jeder Politik. Es wäre ein geradezu verhängnisvoller Irrtum, wollte man das neue Gesetz als ein grundlegendes Bekenntnis zum Protektionismus ansehen. Es ist eine Sanierungsmaßnahme, ein Versuch, neben tausend anderen. Ein lebenswichtiger Betrieb wird gestützt, solange er es nötig hat, und keinen Tag länger. Man muß hoffen, daß Regierung und Parlament sich die Freiheit des Handels bewahrt haben.

### Der Einspruch der englischen Finanz.

London, 12. Juli. Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die Citykreise die Nationalen informiert hätten, die City wolle ihren Teil der Darlehenanleihe nicht ausbringen, falls Frankreich an dem Standpunkt festhalte, den die französisch-britische Note formuliert. Diese Cityhaltung wurde von jedem Kenner der Lage vorausgesehen. Weder englische, noch amerikanische Kapitalisten werden ein Settlement finanzieren, das Deutschland diktiert wird und das Frankreich das Recht läßt, nach Gutdünken Deutschlands Verfehlungen zu erklären und Sanktionen anzuwenden.

Rotterdam, 13. Juli. Der „Courant“ meldet aus London: Macdonald ergriff in der Sitzung der Arbeitspartei am Freitag abend das Wort. „Labour Leader“ bringt die Ansprache Macdonalds. Danach habe Macdonald bestritten, daß in Paris ein neues Abkommen zwischen Deutschland beschlossen worden sei und die Verhandlungsfreiheit der Londoner Konferenz eingeschränkt worden wäre.

Rotterdam, 13. Juli. Nach dem „Courant“ melden die Londoner „Times“: Für die Unterhausdebatten am Montag sind 18 Redner vorgemerkt. Es sind zwei Vertreter der Liberalen eingegangen, die vor einer Stellungnahme des Hauses die Vorlegung der Tagesordnung der Londoner Konferenz und der Pariser Beschlüsse verlangen. Eine Mehrheit für Macdonald sei demnach gesichert.

### Ein deutsch-österreichischer Zusatzvertrag.

Wien, 13. Juli. Die zwischen der deutschen und österreichischen Regierung seit Oftern in Wien und Prag geschlo-

### Das Schutz Zoll-Experiment.

Die Regierungsvorlage, in der die Einführung von Schutzzöllen und die Freigabe der Ausfuhr für die wichtigsten Erzeugnisse der Landwirtschaft vorgesehen wird, trifft einen der empfindlichsten Punkte deutscher Innen- und Wirtschaftspolitik. Schon Jahrzehnte vor dem Kriege waren die Agrarschutzzölle das Gebiet, auf dem sich die Kämpfe zwischen Stadt und Land, Verbrauchern und Erzeugern, Junkertum und Demokratie mit besonderer Heftigkeit abspielten. Kein Wunder, daß auch heute bei dem gleichen Stichwort die gleichen Parteien gegeneinander auftreten und die alten Gründe dafür und dagegen vorgebracht werden. Und doch hat sich die Lage Deutschlands von Grund auf gewandelt.

Der Friede von Versailles hat uns vortroglend Rohstoffgebiete geraubt. Von den Provinzen, die uns Rohle und Erze, Getreide und Fleisch lieferten, haben wir wertvolle Teile verloren. Dagegen sind uns die Gebiete, die diese Rohstoffe verarbeiten und verbrauchen, überwiegen erhalten. Für die Versorgung mit Lebensmitteln ergibt sich also eine äußerst ungünstige Verschiebung der Bilanz. Und trotzdem war die Getreideernte des Jahres 1923 um 5 Millionen Tonnen geringer als im Jahre 1918. Nur eine ganz intensive,